

Antrag 2025/I/AUSSEN/1

Jusos Hamburg

**Friedensinitiative Nahost: Das zivile Leben in Gaza und Israel muss geschützt werden!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der  
2 SPD beschließen: Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung  
3 werden aufgefordert: 1. Sich in der Bundesregierung und im UN-Sicherheitsrat für eine sofor-  
4 tige Waffenpause und einen langfristigen Waffenstillstand im Nahost-Krieg einzusetzen, der  
5 den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza und Israel gleichermaßen priorisiert. 2. Sich in der  
6 Bundesregierung und im UN-Sicherheitsrat für die sofortige Bereitstellung von humanitärer  
7 Hilfe und Unterstützung für die Menschen im Gazastreifen einzusetzen, um die katastrophale  
8 humanitäre Lage zu lindern. 3. Sich in der Bundesregierung und im UN-Sicherheitsrat weiter-  
9 hin dafür einzusetzen, dass alle Parteien im Nahost-Krieg sich an das humanitäre Völkerrecht  
10 und den Schutz der Zivilbevölkerung halten. 4. Sich weiterhin für die sofortige Freilassung aller  
11 Hamas-Geiseln einzusetzen und alle diplomatischen Mittel dafür auszuschöpfen.

12 **Begründung**

13 Die jüngsten Entwicklungen im Nahost-Krieg erfüllen uns mit großer Sorge. Der verheerende  
14 Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat uns zutiefst erschüttert und steht als grau-  
15 same Erinnerung an das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Dieses Ver-  
16 brechen gegen die Menschlichkeit, dieser terroristische Akt ist in keiner Weise zu rechtfertigen.  
17 Das Existenzrecht Israels und das legitime Recht auf Selbstverteidigung sind uneingeschränkt  
18 anzuerkennen. Gleichzeitig müssen Maßstäbe gesetzt werden, die die Grundsätze der Verhält-  
19 nismäßigkeit und den Schutz der Zivilbevölkerung gewährleisten. Die Konflikteskalation hat  
20 zu einer beispiellosen humanitären Katastrophe geführt, insbesondere durch die Abriegelung  
21 des Gaza-Streifens. Etwa 85 Prozent der Bevölkerung in Gaza im ohnehin dicht besiedelten Gaza  
22 sind als Vertriebene gezwungen, ständig auf der Flucht zu sein. Die verbliebenen Krankenhäu-  
23 ser sind überlastet, der Bedarf an medizinischer Versorgung für Kriegsverletzte ist enorm. Müt-  
24 ter kämpfen darum, ihre Neugeborenen zu ernähren, während Familien tagelang ohne ausrei-  
25 chende Nahrung auskommen müssen. Viele Menschen leben unter freiem Himmel, ohne an-  
26 gemessenen Schutz vor den Wetterbedingungen. Es mangelt an grundlegenden Bedarfsgegen-  
27 ständen wie Matratzen, warmer Kleidung für den Winter und Decken. Besonders prekär ist die  
28 Lage für schwangere Frauen. Etwa 50.000 Frauen im Gazastreifen sind schwanger, und seit Be-  
29 ginn des Konflikts wurden etwa 20.000 Babys geboren. Viele von ihnen erhalten seit Monaten  
30 keine angemessene medizinische Versorgung und leben unter prekären Bedingungen, sowohl  
31 vor als auch nach der Geburt, oft in Zelten. Frauen und ihre Neugeborenen werden oft schon  
32 wenige Stunden nach der Geburt aus der Klinik entlassen, ohne angemessene Unterstützung  
33 zu erhalten. Die Zahl der an Infektionskrankheiten erkrankten Menschen oder unter Mangel-  
34 nährung Leidenden steigt unaufhaltsam. In dieser zunehmend lebensbedrohlichen Umgebung  
35 sehen sich selbst zahlreiches medizinisches Personal dieser Brutalität ausgesetzt. Zahlreiche  
36 Ärzte und medizinisches Personal, darunter auch deutsche Ärzte von Ärzte ohne Grenzen, sind

37 in gekennzeichneten Unterkünften und Krankenhäusern getötet wurden. Wenn unschuldige  
38 Menschen, insbesondere diejenigen, die ihr Leben dafür einsetzen, anderen zu helfen, sterben  
39 müssen, dürfen diese Gräueltaten nicht ignoriert werden. Es bedarf dringend sicherer Flucht-  
40 wege aus Gaza.

41 Angesichts der anhaltenden Kampfhandlungen fordern wir ein sofortiges Ende der Gewalt und  
42 die Bereitstellung dringend benötigter humanitärer Hilfe für die betroffene Bevölkerung in Ga-  
43 za und Israel. Nur durch diese Maßnahmen kann das Leiden der Zivilbevölkerung gestoppt und  
44 der langfristige Friedensprozess, einschließlich einer Zweistaatenlösung, vorangetrieben wer-  
45 den.